Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen
Baden-Württemberg (LAKA BW)
www.laka-bw.de

Charlottenstr. 25
70182 Stuttgart
Tel: +49 (0) 711 24837-202

Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) fordert Kemmerich zum Rücktritt auf

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) fordert Kemmerich zum Rücktritt auf!

„Ich begrüße die klaren Worte und die klare Haltung von Bundeskanzlerin Merkel und hätte mir diese Haltung auch bereits gestern von Herrn Lindner gewünscht. Zu formulieren, dass die Landesverbände hier selber entscheiden, zeigt mir, dass er die Bedeutung für die ganze Bundesrepublik nicht erfasst hat. Herr Kemmerich muss zurücktreten und den Weg für Neuwahlen frei machen, eine andere Alternative sehen wir nicht“ sagt der Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Dejan Perc.

„Leider müssen wir beim gestrigen Wahlverfahren feststellen, dass die Hauptschuld nicht bei der AFD liegt, sondern die Demokratischen Parteien CDU und FPD sich wissentlich auf ein gefährliches Spiel eingelassen haben und somit Thüringen und unser ganzes Land in Brand gesetzt haben“ ergänzt das Vorstandsmitglied Memet Kilic.

Der LAKA als parteiübergreifender, überethnischer und überkonfessioneller Verband vertritt die kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg. Der LAKA ist legitimierter Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10) und des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.

Stuttgart, 06.02.2020